



LEIDENSSTÄTTEN DER OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS IN MAINZ

Dokumentation zum Schweigemarsch
am 27. Januar 2001

Heft 16

der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Redaktion: Doris M. Peckhaus
Landtagsverwaltung
Deutschhausplatz 12
55116 Mainz

Fotos: Klaus Benz, Hans-Peter Hexemer

Titelgestaltung: Petra Louis

Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz, 2001

Druck: Satz + Druck Werum GmbH, Mainz-Hechtsheim

Der Landtag im Internet: <http://www.Landtag.Rheinland-Pfalz.de>

LEIDENSSTÄTTEN DER OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS IN MAINZ

Dokumentation zum Schweigemarsch
am 27. Januar 2001

INHALT

GELEITWORT	5
ANSPRACHEN AM GÜTERBAHNHOF	7
Gerti Meyer-Jorgensen	9
Sabrina Delfeld	15
ANSPRACHEN AM SCHILLERPLATZ	19
Sandra Hochmuth und Markus Becker	21
Ministerpräsident Kurt Beck	23
STATIONEN DES SCHWEIGEMARSCHES	27
1. Güterbahnhof, Mombacher Straße	29
2. Goetheschule	39
3. Hindenburgstraße	43
4. Wohnhaus Adam-Karrillon-Str. 13	45
5. Bürohaus Kaiserstraße 31	47
6. Margaretengasse, Ecke Flachsmarktstraße	49
7. Dalberger Hof, Klarastraße	51
8. Osteiner Hof, Schönborner Hof, Schillerplatz	53
SCHREIBEN VON RABBINER PROFESSOR DR. LEO TREPP AN OBERBÜRGERMEISTER JENS BEUTEL	55
ANMERKUNGEN	59
STATIONEN DES SCHWEIGEMARSCHES IM ÜBERBLICK	63
STADTPLAN	
VERANSTALTER	

GELEITWORT

Am 27. Januar 2001 haben der Landtag Rheinland-Pfalz und die Stadt Mainz zusammen mit zahlreichen weiteren Institutionen die Bürgerinnen und Bürger, vor allem die Jugendlichen in Stadt und Land aufgerufen, mit einem Schweigemarsch durch die Mainzer Innenstadt der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.

Der Schweigemarsch begann am ehemaligen Deportationsort Güterbahnhof, d.h. dort, wo das Leben der betroffenen Juden, Sinti und Roma sowie der politischen Gegner und Widerstandskämpfer schon fast zu Ende war, und führte zurück in die Innenstadt, vorbei an Leidensstätten wie der Goetheschule, einer der zentralen Sammelstellen der Mainzer Juden vor ihrer Deportation. Symbolisch wurde der Weg der Opfer des Nationalsozialismus in unserer Landeshauptstadt sozusagen vom Ende her nachvollzogen und das Anliegen aller Opfer, nicht vergessen zu werden, in das Zentrum der Stadt hineingetragen.

Die vorliegende Veröffentlichung dokumentiert die Ansprachen, die am Güterbahnhof und Schillerplatz gehalten wurden und informiert über die Orte der Erinnerung, die der Schweigemarsch passierte. Die Beschäftigung mit den Orten der Erinnerung soll helfen, die Vergangenheit als tatsächliche Realität zu begreifen. Denn nicht irgendwo in weiter Ferne, sondern hier vor unserer Haustür haben sich die nationalsozialistischen Verbrechen abgespielt. Überall in unserem Land gibt es Bahnhöfe, an denen die Transporte ihren Anfang nahmen, überall Schulen, die zu Sammelstellen wurden.

Deshalb wollten Landtag und Stadt Mainz mit dem Schweigemarsch ein Zeichen setzen, um vor allem die Jugend, die Schulen, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger aufzurufen, sich

vermehrt mit den Orten der Erinnerung zu beschäftigen. Gerade heute, mehr als ein halbes Jahrhundert nach Ende des Nationalsozialismus, brauchen wir eine ganz konkrete menschliche Vorstellung von der damaligen Zeit.

Landtag und Stadt Mainz danken allen, die geholfen haben, den Tag des Gedenkens für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2001 zu gestalten, vor allem den Mitveranstaltern und den beteiligten Jugendlichen. Wir danken Gerti Meyer-Jorgensen, Sabrina Delfeld, Sandra Hochmuth, Markus Becker und Ministerpräsident Kurt Beck für die bewegenden Ansprachen. Herzlichen Dank auch an das Institut für Geschichtliche Landeskunde für die Unterstützung bei der Realisierung dieser Dokumentation. Für die Ausführungen zu den einzelnen Stationen bedanken wir uns sehr herzlich bei Dr. Stefan Heitzmann vom Bischöflichen Jugendamt der Stadt Mainz, Archivdirektor Friedrich Schütz, Jan Storre und Matthias Rohde.

Ich würde mich freuen, wenn die Dokumentation dazu beitragen könnte, die Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus verstärkt ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken. Gerade Jugendliche sollte sie zur Spurensuche vor Ort ermutigen.



Christoph Grimm

Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz



ANSPRACHEN AM GÜTERBAHNHOF

Gerti Meyer-Jorgensen

Sabrina Delfeld



ANSPRACHE

GERTI MEYER-JORGENSEN

Meine Damen und Herren, liebe Jugendliche,
ich spreche zu Ihnen stellvertretend für die vielen Millionen
Juden, unter ihnen auch meine Mutter, die verhungert, in Panik,
ihrer Menschenwürde total beraubt, nackt in die Gaskammern
getrieben wurden, um dort qualvoll zu verrecken: Das hat sich
1933 keiner von uns auch nur im Entferntesten vorstellen
können.

Ich, die ich dem Allem durch eine unglaubliche Fügung entkom-
men bin, kann Ihnen heute von meinem persönlichen Erleben

berichten, wie es sich hier in Mainz ereignet hat. Wir waren eine deutsche Familie jüdischen Glaubens, keineswegs religiös, seit Generationen in Mainz/Wiesbaden ansässig. Durch eine vielgeliebte Erzieherin hatte ich selbst jedoch eher Kontakt zum Katholizismus. Mein Vater hatte ein grosses Schuhgeschäft am Dom, mit Filialen in Rheinhessen. Wir waren angesehene Bürger in Mainz.

Schon ab 1933 durfte ich als Schülerin der Höheren Töchterschule, jetzt Anne Frank Schule, an vielen Aktivitäten nicht mehr teilnehmen: – kein Schüler-Abonnement für's Theater mehr – Kinos, Sportklubs, Schwimmbäder etc. wurden für Juden verboten. Das Rheinschwimmbad Watrin war eines der letzten, die das Schild anbrachten. Wir wurden von den meisten Schulkameraden nicht mehr begrüßt.

Da war an einer Straßenecke der Schaukasten des „Stürmers“, einer Zeitschrift, die in wunderbaren Karikaturen Juden als verbrecherische Persönlichkeiten zeigte, als verdächtig, unehrlich etc.. Ich habe mich immer gefragt, was hat das Ganze mit mir zu tun? Bis zum heutigen Tag erinnere ich mich an diese entsetzlichen Zeiten, die mich nachts vor Angst nicht schlafen ließen.

Ich war im Mainzer Sportverein, im Tennisklub und mit 13 1/2 Jahren, also 1931, erlebte ich eine aufregende Sache. Ich lernte einen jungen Mann kennen, wir verliebten uns, er war blond, sah sehr gut aus, aus bester Mainzer Familie, christlich. Es war meine große Liebe. Wir waren über Jahre hinaus unzertrennlich. Manche sagten: „Die sind schlimmer als verheiratet!“ – sehr zum Missfallen beider Familien auch schon vor der Nazizeit. Öffentliche Treffen waren für uns nach 1933 kaum mehr möglich. Dennoch fanden wir verschiedene verborgene Orte, an denen wir uns trafen. Darunter den Turm der Stephanskirche, wo wir uns sicher glaubten. Manchmal den Gonsenheimer Wald. Aber auch

das wurde schließlich zu gefährlich. Seine letzten Besuche machte er dann bei uns in der Kaiserstraße. Wir wohnten in dem Haus Ecke Hindenburgstrasse und hatten zur damaligen Zeit schon die Kündigung auf dem Tisch, so dass wir die Wohnung verlassen mussten, weil die Kommunale Landesbank, die im Haus war, nicht tolerierte, dass Juden, die schon 18 Jahre in diesem Haus wohnten, auch weiterhin dort blieben. Bei einem unserer letzten Treffen war es für meinen Freund zu gefährlich, durch das Treppenhaus zu gehen, denn es wohnten Nazis im Haus, die ihn hätten denunzieren können. Und so habe ich ihn im Kohlenaufzug in unsere Wohnung hochgezogen, damit wir uns sehen und sprechen konnten.

Eine sehr komische Sache passierte erst kürzlich in diesem Zusammenhang: 1991 wurde ein Film über mein Leben gemacht, Regie Chrissy Hemming, und dieser lief im ZDF an einem Sonntag Vormittag. Kurz darauf kam ein Anruf aus Berlin aus einem Krankenhaus, wo ein schwerkranker Mann sich erkundigt hatte, ob er meine Telefonnummer haben könnte. Er rief mich an und sagte: „Ich habe diesen Film gesehen und ich glaube, sie sind die Dame, die mit meinem Kriegskameraden aus Mainz befreundet war. Er hat oft von Ihnen erzählt bis er 1942 im Osten fiel. Er hat gesagt, dass sie seine große Liebe waren...“

Die „Kristallnacht“ 1938 habe ich miterlebt. Während überall in Deutschland die Synagogen brannten, konnte die Mainzer große Synagoge nicht dazu gebracht werden, in Flammen aufzugehen. Man hat die Kuppel dann abgedeckt, den wertvollen großen Deckenlüster mit einem Hebekran herausgehoben und am nächsten Tag das Gebäude gesprengt. Alle jüdischen Männer ab dem 13. Lebensjahr wurden morgens früh abgeholt und in ein KZ gebracht. Das war damals für kurze Zeit Osthofen. Ich selbst arbeitete zu dieser Zeit an der jüdischen Schule in Mainz als Sportlehrerin.



1939 war ich in eine Devisenschieberei verwickelt. Es handelte sich um Geld meines Vaters, zweitausend Deutsche Mark, die ich als Kurier nach Stuttgart brachte. Ich wurde erwischt und saß 9 Monate in Gestapohaft in Stuttgart. Mein Vater beging Selbstmord. Man wollte mir zusätzlich Rassenschande als Verbrechen anhängen. Man demütigte mich, weil ich sagte, dass ich keine Rassenschande begangen hatte, und schickte mich auf das Gesundheitsamt, um untersucht zu werden, ob ich noch „intacta“, ob ich noch Jungfrau wäre. Das war auch für damalige Verhältnisse etwas sehr Merkwürdiges. Jedenfalls war es wegen der zusätzlichen Anklage für mich sehr wichtig, mich in dieser Angelegenheit zu rechtfertigen. Bei der Gestapo also verloren einige Herren ihre Wetten. Nach meiner Verurteilung im Strafprozess wegen der Devisenschieberei bekam ich 7 Monate Gefängnis in Mainz.

Für 1940, unmittelbar nach meiner Entlassung, hatte meine Mutter eine Auswanderung für mich organisieren können. Aber nur durch jemanden, der Verbindungen zu den öffentlichen Ämtern hatte, denn es gab damals schon keine Pässe mehr für Juden, - die sollten nicht mehr auswandern, sondern verrecken. Unser Verbindungsmann besorgte mir aber noch einen Pass und damit konnte ich nach Shanghai. Ich hatte keine Ahnung, wo Shanghai war, ich wusste nur, es war in China. Die Auswanderung ging über Moskau, dann die Transsibirische Bahn und mit dem Schiff nach Shanghai, wo Ausländer meist Englisch oder Französisch sprachen. Dort arbeitete ich 2 Jahre als Sportlehrerin und Krankengymnastin. Die Japaner waren bekanntlich auch keine „Liebchen“, aber wir jüdische Flüchtlinge waren ihnen gleichgültig. Erst auf Veranlassung der Deutschen Botschaft wurden wir durch die Japaner in einem Getto, einem chinesischen Slum, in dem von den Amerikanern stark bombardierten Hafenviertel, eingesperrt. In dieser Zeit hatte ich einen Traum, der sich wiederholte: „Wenn ich Shanghai und den Hunger überlebe, möchte ich noch einmal in Mainz ein Brötchen mit Himbergelee essen und im Dom ein Pontifikalamt erleben!“ Die Atombomben auf Japan retteten uns dann das Leben und meine Traumwünsche wurden mir 1950 erfüllt, als ich das erste Mal zu Besuch nach Mainz zurückkam.

1943, am Tage der Deportation, vergiftete sich meine Großmutter mit Zyankali, um nicht deportiert zu werden. Meine Mutter, die für ihre Kinder gelebt hat, wurde von diesem Güterbahnhof hier, wo ich jetzt stehe, in das Vernichtungslager Treblinka abtransportiert und dort vergast.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



ANSPRACHE

SABRINA DELFELD

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freunde,

ich spreche heute zu Ihnen als Angehörige der Volksgruppe der Sinti und Roma. Ich gehöre der so genannten dritten Generation an – der dritten Generation nach Auschwitz.

Der nationalsozialistische Völkermord an der Volksgruppe der Sinti und Roma ist ein Bestandteil meiner Familienbiografie. Meine Eltern sind damit aufgewachsen, Berichte aus den Lagern zu hören und gleichzeitig Schweigen zu ertragen, Fragen über die Vergangenheit nicht stellen zu dürfen, weil man die Eltern damit zu sehr verletzt hätte.

Meine Eltern und ich, meine Angehörigen und viele meiner Freundinnen und Freunde leben im Bann einer Geschichte, die wir selbst nicht erlebt haben. Die von den Nazis praktizierte Politik der Entmenschlichung ist uns unter die Haut gekrochen. Die Nachwirkungen enden nicht bei den Menschen, die das Grauen selbst erlebt haben.

Heute vor 56 Jahren wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz befreit. Aus diesem Anlass möchte ich Ihnen Ausschnitte aus der Leidensgeschichte einer Zeitzeugin vortragen, die als Kind nach Auschwitz deportiert wurde. Else Schmidt, die Zeitzeugin, ist als erwachsene Frau nach England ausgewandert - in Deutschland konnte sie nicht mehr leben. Ihr Schicksal ist einzigartig wie jedes andere der wenigen Überlebenden, und dennoch ähneln sich die Erfahrungen und Erinnerungen all derer, die den Terror der nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager überlebten.

Else Schmidt berichtet:

„Geboren bin ich am 18. Dezember 1935. Ich bin als Adoptivkind in einer Hamburger Familie aufgewachsen, doch das habe ich zunächst nicht gewusst, sondern ich habe immer angenommen, dass ich ein leibliches Kind meiner Adoptiveltern sei. Erst später habe ich erfahren, dass meine leibliche Mutter eine so genannte „Halbzigeunerin“ ist.“

Im Mai 1944 kam die Gestapo, um die 7-jährige Else abzuholen:

„Zwei Männer in langen Ledermänteln haben mich sehr früh am Morgen abgeholt. Mein Adoptivvater hat sich wohl gedacht, dass es dieses Mal nicht so leicht werden würde, mich wieder zurückzubekommen, und da hat er mir gesagt, dass ich nicht sein leibliches Kind sei; er hat geweint dabei. Auch meine Mutter hat mir unter Tränen gesagt: „Wir sind nicht deine richtigen Eltern. Du wirst deine richtige Mutter dort, wo du jetzt hingehst, treffen“. Das alles kam völlig unvorbereitet für mich, und ich konnte es überhaupt nicht begreifen.

Es gibt Details, an die man sich als Kind ganz besonders erinnert: So hatten mich meine Adoptiveltern beim Gehen immer an der Hand genommen, damit ich nicht verloren gehen würde. Ich kann mich noch deutlich erinnern, dass ich die Hand eines der Gestapomänner gesucht habe, um sie anzufassen, doch er hat meine Hand weggestoßen. Das sind so kleine Dinge, an die ich mich genau erinnern kann. Denn für mich als Kind waren sie groß.“

Else wurde nach Auschwitz gebracht. Sie berichtet weiter:

„Irgendwann habe ich auf dem Lagergelände ein Stück Glas gefunden von einer starken Brille, eine Linse, das war mein Spielzeug: Ich habe die Sonne darauf scheinen lassen und Gras angebrannt. Es gab auch eine Holzhütte mit einem Astloch, wo ich hindurchgucken konnte. Als Kind macht man das ja, vor allem, wenn man Langeweile hat. Zunächst konnte ich überhaupt nicht verstehen, was ich da sah: Es waren Leichen mit weißem Kalk bestreut, alle lagen durcheinander. Als Kind konnte ich mir gar nicht vorstellen, was das war. Sehr viel später, Jahre nach meiner Befreiung, hatte ich fürchterliche Albträume von diesem Anblick: Dass ich in Hamburg am Rathaus unter dem Portal stehe, und Menschen, die neben mir stehen, sagen zu mir, ich

solle mit ihnen kommen. Doch ich sage: „Nein, ich kann nicht auf den Boden auftreten, denn der ganze Fußboden ist voller Leichen“. Doch die anderen Menschen im Traum können die Toten nicht sehen; sie gehen einfach darüber mit ihren hochhackigen Schuhen und nehmen die Leichen überhaupt nicht wahr. Solche Träume hatte ich nach meiner Rückkehr nach Deutschland.“

Ich möchte hier mit dem Bericht enden. Else Schmidt wurde von Auschwitz nach Ravensbrück gebracht, wo alles noch schlimmer war. Sie sprach während des ganzen Aufenthaltes dort nicht und wurde von den Aufseherinnen ständig geschlagen. Im September 1944 gelang es ihrem Adoptivvater, sie zu befreien. Sie durfte nach Hause, nachdem sie mit acht Jahren ein Papier unterschrieben hatte, in dem sie sich verpflichtete, mit niemandem über ihre Erlebnisse in den Konzentrationslagern zu sprechen.

Auch meine Großeltern wurden vor 60 Jahren mit ihren Eltern und Geschwistern in die Konzentrationslager deportiert. Damals gab es keine nennenswerten Proteste oder gar Widerstand, weder in Deutschland noch anderswo. Die Verfolgung und Vernichtung von Menschen geschah erschreckend reibungslos, bis ins Letzte organisiert, oft vom Übereifer der Täter gekennzeichnet.

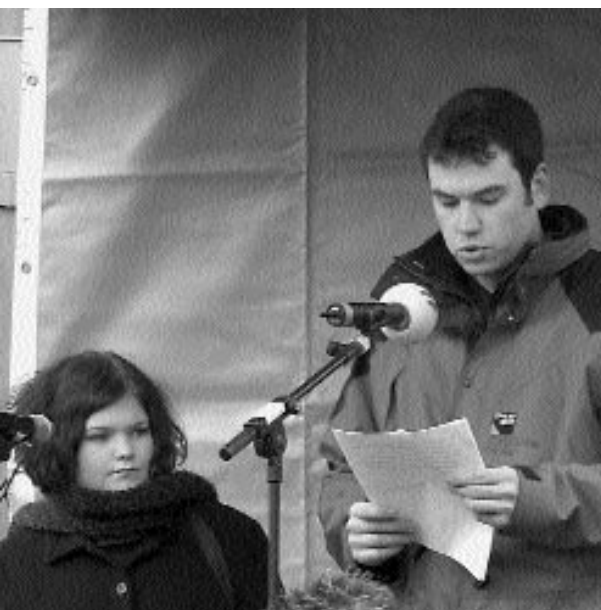
Der vom ehemaligen Bundespräsident Roman Herzog ins Leben gerufene Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und der heutige Schweigemarsch sind Zeichen, dass nicht vergessen wird – Zeichen der Unterstützung und Solidarität für Angehörige von Minderheiten – Zeichen für die Zukunft.

Ich danke Ihnen.



ANSPRACHEN AM SCHILLERPLATZ

Sandra Hochmuth und Markus Becker
Ministerpräsident Kurt Beck



ANSPRACHE

SANDRA HOCHMUTH
MARKUS BECKER

Während der Vorbereitungen zur „Aktion Stolpersteine“ im letzten Jahr beschäftige ich mich mit dem Schicksal der Mainzer Juden, Sinti und Roma, die fast alle in die Gettos von Theresienstadt und Piaski deportiert wurden, darunter auch viele Kinder und Jugendliche. Zum ersten Mal ergaben sich für mich aus der Masse der Opfer Namen, an die Einzelschicksale geknüpft waren, wie das der neunjährigen Lotte Nathan, die am 20.03.1942 vom Mainzer Güterbahnhof nach Piaski in Polen deportiert wurde.

Es macht mich betroffen, wenn der heutige Schweigemarsch mir die Orte in meiner Heimatstadt zeigt, an denen für viele Mainzer – Juden, Sinti und Roma, sowie Regimegegner – der Leidensweg begann, der schließlich in einem der vielen Konzentrations- und Vernichtungslager endete. Die perfiden Auflagen, Verbote und Gewalttätigkeiten gegen diese Menschen, die von jenen Orten ausgingen, von einem Regime, welches das Verbrechen zum Gesetz und menschliches Handeln zum Verbrechen erklärte, zeigen aber auch, dass der nationalsozialistische Terror nicht erst in den Konzentrationslagern anfang, sondern mitten in unseren Städten - auch unter den Augen von Mainzer Bürgern. Wenn ich mir vorstelle, dass ich es vor 60 Jahren hätte sein können, der sozial ausgegrenzt, von seiner Familie weggerissen und in ein fremdes Land verschleppt wird, dessen Eltern man ermordet, dann bin ich entsetzt und empfinde tiefe Trauer für all jene, die das durchmachen mussten.

Als Angehörige der nach dem Krieg geborenen Generation tragen wir keine Verantwortung für die im Dritten Reich verübten Verbrechen. Aber wir haben die Verantwortung, gegen das Vergessene anzugehen und die Erinnerung an die Opfer aufrechtzuerhalten, als Mahnung und als Verpflichtung für ein menschliches Miteinander in Gegenwart und Zukunft. In einer Zeit, in der es immer noch unverbesserliche Anhänger einer menschenverachtenden Ideologie gibt, reicht es nicht aus, Betroffenheit zu zeigen und an Schweigemärschen teilzunehmen. Wir müssen die Erinnerung vielmehr mit nach Hause nehmen, mit ihr in unserem Umfeld leben, jeden Tag aufs Neue.



ANSPRACHE

MINISTERPRÄSIDENT KURT BECK

Herr Landtagspräsident, Herr Oberbürgermeister, verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Abschlusskundgebung!

Der Schweigemarsch, den wir zurückgelegt haben, hat den Weg der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz vom Ende her nachvollzogen – vom Deportationsort Güterbahnhof am Dalberger Hof vorbei, dem ehemaligen Polizeigefängnis. Die Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus, die er passiert hat, sind die sichtbaren Orte der Erinnerung. Wer sich mit diesen

Orten beschäftigt, der sieht, dass sich die nationalsozialistischen Verbrechen und die Leiden der Opfer nicht irgendwo in weiter Ferne, sondern hier vor unserer Haustür abgespielt haben.

Unsere Trauer und unsere Anteilnahme gilt denen, die als Opfer oder als Angehörige der Opfer der Nazidiktatur hier unter uns sind. Ihre Anwesenheit mahnt uns, die Dimension des Verbrechens der Nazidiktatur nie zu vergessen – nichts von dem zu vergessen, was jedem einzelnen Menschen und den Familien angetan worden ist. Dabei kommt es vor allem darauf an, der Leiden der Opfer mitfühlend zu gedenken. Ich spreche vom Mitempfinden auch deshalb, weil wir in unserer Zeit dem Unrecht, der Gewalt und Intoleranz nur dann wirklich entgegen-treten können, wenn das Empfinden nicht abstumpft und wenn wir uns nicht nur aus rechtlicher Überzeugung gegen solches Unrecht wenden, sondern auch aus dem Herzen heraus.

Lassen Sie uns diesen 27. Januar in Erinnerung an die Befreiung der Schreckenstätte Auschwitz als Gedenktag würdigen. Lassen Sie uns aber diesen 27. Januar in diesem und allen den kommenden Jahren auch für ein Bekenntnis zur Menschlichkeit, zur Freiheit und zur Demokratie nutzen. Lassen Sie uns an diesem Tag die Entschlossenheit erneuern, gegen Intoleranz, Unmenschlichkeit und Gewalt vorzugehen.

Wenn die jungen Leute hier Transparente mit der Inschrift tragen, dass die Gleichgültigkeit fast so schrecklich wie die Gewaltausübung war, dann ist dies auch eine Mahnung für die Gegenwart. Denn es sind in den letzten Jahren hier mitten in Deutschland 100 Menschen durch Neo-Nazis und faschistoide Gewalt gegen andere umgekommen. Dafür müssen wir uns schämen und dagegen müssen wir mobilisieren. Wenn ein Mensch, weil er eine andere Hautfarbe hat, in Deutschland durch die Straßen gejagt werden kann und niemand hilft, dann

ist dies ein Alarmzeichen, das wir nicht überhören und nicht übersehen dürfen.

Wir wollen aber denjenigen, die sich verirrt haben – vorübergehend verirrt haben –, an einem solchen Tag sagen: Wir sind keine unversöhnliche Gesellschaft, wir laden euch ein mitzuempfinden, mitzudenken und in der freiheitlichen Gesellschaft wieder mitzuwirken. Wir wollen mit euch reden, wo immer wir dieses können, als einzelne Bürgerinnen und Bürger, als Eltern und Gleichaltrige, als gesellschaftliche Institutionen, in unseren Schulen und wo immer dies möglich ist.

Wir wollen aber an einem solchen Tag auch eines deutlich machen: dass Demokratie wehrhafte Demokratie bedeutet, und dass wir die Grundrechte, die in unserer Verfassung verankert sind, nicht missbrauchen lassen, wie dies in der Weimarer Republik der Fall gewesen ist. Wir werden unter der Schutzglocke der Freiheit nicht Unfreiheit und Unmenschlichkeit heranreifen lassen. Wir werden uns mit den Mitteln des Rechtsstaats wehren. Und wir wollen uns auch aus der Gesellschaft heraus wehren, mit entschlossenem Einschreiten, wo wir Unfreiheit und Intoleranz in unserer Mitte erleben. Zivilcourage ist eine Tugend, die wir praktizieren wollen, wo immer wir gefordert sind: indem wir widersprechen, wenn gegen andere Menschen vorgegangen wird, und indem wir Polizei und Ordnungskräfte rufen, wenn wir sehen, dass Unrecht begangen wird. Im Schulhof, im Betrieb, wo immer wir menschenverachtenden Worten oder Taten begegnen, drehen wir uns nicht einfach um, wenden uns nicht einfach ab, sondern sagen: Was hier geschieht, ist nicht in Ordnung.

Die Tatsache, dass so viele junge Menschen aus unserem Land heute an dem Schweigemarsch teilgenommen haben, macht Mut. Dieser Tage hat der 1913 in Mainz geborene Rabbiner Leo Trepp an den Mainzer Oberbürgermeister geschrieben. „Die

neue Generation zeigt einen guten Willen. Doch leider sehen wir in unserer Gegenwart ein Aufflammen des einstigen fürchterlichen Geistes im Denken und in grausamen Akten. Daher darf der Schweigemarsch nicht zu einem Ritual werden, sondern muss ein Gelöbnis sein, das Gelöbnis, beim Erwachen des schrecklichen Geistes nicht zu schweigen, sondern aufzuschreien und zu handeln, damit das Böse im Keim erstickt werde.“

Dass so viele junge Menschen hierher gekommen sind und zusammen mit jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, mit Sinti und Roma das Gedenken bekräftigen, ist ein Zeichen des Respekts und eine Bitte um Entschuldigung gegenüber den Menschen, die so sehr gelitten haben.

Ich danke Ihnen sehr, dass Sie gekommen sind. Ich danke dem Landtag und der Stadt Mainz, dass diese Veranstaltung hier möglich geworden ist, und ich danke allen, die daran mitgewirkt haben.



STATIONEN

DES SCHWEIGEMARSCHES



1. GÜTERBAHNHOF, MOMBACHER STRASSE

STEFAN HEITZMANN

Die Katastrophe nahm ihren Anfang hier in Deutschland, in jedem Dorf, in jeder Stadt. Der Terror brauchte Menschen und Orte. Aus dieser „Verortung des Terrors“ erwuchs sukzessive eine neue Landkarte der Leidenstätten. Aus einfachen Wohnhäusern wurden „Judenhäuser“, aus Plätzen „Versammlungsstellen“, aus Bahnhöfen „Verladestationen“. Diese Landkarte beschäftigt uns heute noch. Sie durchzieht Deutschland und Teile Europas und ist letztlich unauslöschlich. Die Landkarte ist indes aber „vergessbar“, sie bedarf unserer Erinnerung. Es ist gut, dass der Landtag Rheinland-Pfalz mit seinem Schweigemarsch exemplarisch der Spur einiger Mainzer Leidenstätten gefolgt ist.

Der Ort, an dem der Marsch begann, war ab 1940 die „Verladestation“ für Angehörige der Sinti und Roma und Juden: der Güterbahnhof an der Mombacher Straße. Der erste Abtransport von fast 100 Mainzer Sinti, Männern, Frauen und Kindern, erfolgte am 17. Mai 1940. Zwei Jahre später rollten drei weitere große Transporte Richtung Osten; über 2000 Juden aus Mainz und Umgebung verließen endgültig deutschen Boden.¹ Reisen ohne Rückkehr. Die Züge setzten sich in Bewegung; zurück blieben verzweifelte Angehörige, leere Wohnungen, Möbel, Wertgegenstände. Mit auf die Reise gingen Trauer, Ohnmacht und – aus heutiger Sicht – illusorische Hoffnungen. Die lokalen Nazibehörden schlossen ihre Akten. Aus Menschen wurden Nummern der Deportationslisten. Der Zeitzeuge Helmut Grünfeld berichtet in nüchterner Diktion über die Deportation vom 20. März 1942:

„In der folgenden Nacht wurden die zusammengetriebenen Juden mit Polizeilastwagen zum Güterbahnhof in der Mombacher Straße gebracht und in Viehwagons verladen. Die Fahrt ging in das Konzentrationslager Piaski bei Lublin in Polen.“²

In Darmstadt hielt der Zug; Juden aus Darmstadt und der Bergstraße wurden in die Wagons gepfercht. Der Transport vom 20. März 1942 ging in ein kleines polnisches Städtchen mit einer alteingesessenen (ost)jüdischen Gemeinde, unweit der Stadt Lublin: Piaski.³

FEBRUAR 1940 – DIE ERSTEN DEUTSCHEN JUDEN IN PIASKI

Bereits 1939 wurden von Heydrich und Himmler erste Pläne entwickelt, das neu gewonnene polnische Territorium als „Abladeplatz“ für Juden aus dem Reich zu nutzen. Heydrich sprach von einem „Reichsgetto“; im Raum Lublin; auch geisterte die Bezeichnung „Lublinland“ durch die Akten der Mordstrategen. Die Idee eines territorialen Gettos erwies sich zwar rasch als undurchführbar, gleichwohl aber wurden Umsiedlungen in den Raum Lublin durchgeführt.⁴ Am 12. Februar 1940 wurden 1200 Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Stettin nachts ohne Vorwarnung aus ihren Wohnungen geholt und unter entsetzlichen Bedingungen in drei kleine Dörfer bei Lublin deportiert: Glusk, Belzyce und Piaski.⁵ Am Freitag, den 16. Februar trafen die ersten Juden in Piaski ein: nächtliche Ankunft in Lublin, Schlittenfahrt über 20 Kilometer, Kälte bis zu minus 35 Grad Celsius. Die kleine polnische Stadt war von diesem Moment an ein Punkt auf der Landkarte des Leidens.⁶

Die Situation vor Ort muss für die westlich geprägten Juden – die Stettiner Gemeinde galt als sehr wohlhabend – furchtbar gewesen sein. Else Rosenfeld, die von München aus Unterstützung für die Deportierten organisierte, notierte am 17. März 1940 in ihr Tagebuch:

„Die Fahrt dauerte drei Nächte und drei Tage und muss unbeschreiblich furchtbar gewesen sein. Eine größere Anzahl Menschen starben unterwegs, hauptsächlich an Erfrierungen, viele andere leiden auch heute noch an schweren Frost- und Erkältungsschäden. An den Bestimmungsorten wurden alle bei den jüdischen Einwohnern der drei Orte untergebracht, die in einer für unsere Begriffe geradezu unvorstellbaren Armut und Primitivität leben. Die Neuankömmlinge besitzen

wirklich nur, was sie auf dem Leibe tragen oder in Handtasche oder Rucksack bei sich im Wagen hatten. Ihr Gepäck haben sie bis heute nicht erhalten, und wenn man zwischen den Zeilen zu lesen versteht, begreift man, dass sie auch nicht mehr damit rechnen, dass sie es bekommen.(...) Sie haben keinerlei Medikamente und medizinische Instrumente, Nahrungsmittel sind äußerst knapp und schlecht, die Bekleidung völlig unzureichend. Die eingeborenen Juden sind wenig entzückt von der Belastung durch die Neuankömmlinge, sie verstehen sie weder in Sprache noch in Sitten und Gebräuchen.“⁷

LEBENSZEICHEN AUS PIASKI - BRIEFE DEPORTIERTER

Die Tagebuchnotiz der engagierten Jüdin basierte auf Briefen der Deportierten selbst. Diese erschütternden Dokumente sind die einzig zuverlässigen Quellen; offizielle Dokumente der Nazibehörden liegen kaum vor. Manches muss in der Tat „zwischen den Zeilen“ herausgelesen werden, insgesamt aber überrascht die Offenheit der Briefe. Das Regime war noch in der Experimentierphase und tolerierte Dinge, die später undenkbar waren. Die definitive Entscheidung zur „Endlösung“ stand noch aus.⁸ Zu diesen „Freiheiten“ gehörte auch die Gewährung einer intensiven Unterstützung durch Pakete aus Deutschland, ohne die kaum einer die ersten Wintermonate überlebt hätte.⁹

Die Deportierten wurden bei den einheimischen Juden untergebracht. Abweichend von dem Tagebucheintrag Behrend-Rosenfelds, belegen viele Briefe, mit welcher Herzlichkeit die „Gäste“ aus Deutschland aufgenommen wurden. Man teilte, was man hatte. Martha Bauchwitz und ihr Mann, der Zahnarzt Dr. Max Bauchwitz, beispielsweise kamen bei einer Familie mit vier Kindern unter, die auf Stroh schliefen, während sie sich ein Sofa teilen durften.¹⁰ Auf engstem Raum hausten häufig zehn bis

zwanzig Personen, geheizt wurde selten, sanitäre Anlagen fehlten vollständig. „Toi auf freiem Felde bei minus 34 Grad ohne Brett“, notierte Frau Bauchwitz am 20. Februar 1940.¹¹

In dieser ersten Phase konnte die vorgefundene „Infrastruktur“ genutzt werden. Immer wieder wird von Tauschhandel, Lebensmittelerwerb auf dem „Markt“ und dergleichen berichtet. Fleisch, Eier und sonstige Dinge konnten erworben werden, wenn auch zu Wucherpreisen. Die letzten geretteten Schmuckstücke wurden versetzt. Die Behörden gewährten eine gewisse Selbstorganisation. So gelang es Dr. Max Bauchwitz in Eigenregie einen zahnärztlichen Dienst einzurichten; später gründete er mit anderen Medizinerinnen sogar eine „Klinik“.¹² Auch war es ihm möglich, für einige Wochen im benachbarten Zamosc zu praktizieren und Geld zu verdienen. Das Getto war bis Mitte 1941 nur durch einen Bretterzaun von der Außenwelt getrennt, Kontakt und Handel auch mit der nicht jüdischen Bevölkerung waren möglich. Die Situation der West- und Ostjuden unterschied sich kaum; wie schwer es aber für die „Westler“ gewesen sein muss, sich den Lebensverhältnissen anzupassen, bedarf keiner Erläuterung. Mit Staunen beobachteten die Deportierten, mit welcher Normalität das Leben der ostjüdischen Gemeinde weiterging. Paare wurden getraut, Kinder geboren. Alle waren vollkommen auf sich allein gestellt, die Formel der schleichenden Vernichtung durch Hunger, Krankheit und Erschöpfung ging auf. Nur die Starken und Erwerbsfähigen konnten überleben.

Immer wieder ist in den Briefen von einem „Lager“ die Rede. In der Tat existierte in Piaski ein Arbeitslager mit ca. 500 Insassen für Arbeitseinsätze außerhalb des Gettos.¹³ Ein genereller Arbeitszwang bestand jedoch nicht; wiederholt beklagte sich Martha Bauchwitz über das erzwungene „Nichtstun.“

Die ohnehin katastrophale Situation verschärfte sich rasch. Am 6. August 1940 forderte die „Abteilung Arbeit“ der Lubliner

Regierung des Generalgouvernements 2700 jüdische Arbeitskräfte für die „Wasserwirtschaft“ an.¹⁴ In Folge – dies bestätigen die Briefe – wurden in Piaski immer häufiger Arbeitsfähige „geschnappt“, d. h. an Ort und Stelle zum Arbeitseinsatz mitgenommen. „Morgen soll absolut Schluss mit Löchern im Bretterzaun sein“, berichtete Frau Bauchwitz am 23. Mai 1941. Am 9. Juli 1941 heißt es: „Unser Getto wächst. Jetzt sogar Vorbereitungen für Stacheldraht über Holz. Was aus der Ernährung wird? Noch geht es für den, der zahlen kann.“¹⁵ Im Sommer 1941 wurde die totale Gettoisierung vollzogen, die Bauchwitz` melden bereits am 16. April 1941 ihren Umzug in eine Gettowohnung.¹⁶ Wer bis zu diesem Zeitpunkt das Privileg genossen hatte, außerhalb zu wohnen, wurde umquartiert. Die Raumeinheit nahm zu, auch kam es zu ersten Spannungen zwischen den Ost- und Westjuden.¹⁷ In einem nicht datierten Brief aus dem Zeitraum Dezember 1940 bis Januar 1941 vermerkte Martha Bauchwitz: „Vater (*ihr Mann, d.Verf.*) darf keine Polen mehr behandeln. Die meisten können kein Brot mehr kaufen. Das Spital ist mit Typhus voll belegt. Für polnische Juden und Deportierte sind alle Wege geschlossen. Der Bretterzaun zur Straße hin, auf der viele Soldaten durchziehen, trägt Stacheldraht...“¹⁸

Diese Veränderungen vor Ort waren die Vorbote der „Aktion Reinhard“, der Vernichtung aller Juden im Generalgouvernement, die bereits Anfang 1941 konzipiert wurde und sukzessive Gestalt annahm.¹⁹ Parallel zu diesen Vorbereitungen begannen die Nazis ihren Plan der Deportation der deutschen Juden zu realisieren. Neue Transporte rollten.

1942 – „PIASKI WIRD SAMMELPUNKT FÜR DIE AUS DEM REICH KOMMENDEN JUDEN...“

Im Zeitraum Januar bis April erreichten 4000 deutsche Juden Piaski, darunter Juden aus Bielefeld, Augsburg (Deportation: 4. Januar

1942) und München. Am 24. März gelangten 320 Würzburger Juden nach Piaski.²⁰ Mit in den Wagons waren 99 Juden aus dem Raum Bad Kissingen sowie Juden aus Jülich und Fürth.²¹ Bereits am 28. Februar waren 1200 Juden eingetroffen, darunter viele aus Berlin.²² Martha Bauchwitz schrieb in einem Brief an die Tochter: „Die „neuen“ Leute fragen nach Warm- und Kaltwasser. Klosett war ihnen selbstverständlich... Sie werden es vielleicht noch schwerer haben als wir, da viele Läden geschlossen sind...“²³

Die Situation im Getto wurde immer unerträglicher. Die Behörden reagierten auf ihre Art. Punkt 4 eines Sitzungsprotokolls vom 17. März 1942, lautet: „Piaski wird von polnischen Juden freigegeben und wird Sammelpunkt für die aus dem Reich kommenden Juden...“²⁴ Es musste Platz geschaffen werden. Am 17. März 1942 wurden aus Piaski 3400 Juden in das Vernichtungslager Belzec transportiert. Es muss jedoch bereits um den 22. Februar zu ersten Deportationen in größerem Stil gekommen sein. Frau Bauchwitz berichtete in einem Schreiben vom 27. Februar 1942:

„(Ich) sah von oben die Chaussee mit Menschenmassen - zu Fuß 15 km! - auf hier zukommen. Vorher kamen schon Wagen mit Alten oder Kranken. Es war die gleiche Chaussee, auf der am Montag unsere Leute fortgingen... (...) Von unseren Leuten keine Nachricht, sie sollen gar nicht so weit sein, an der Grenze am Bug – Gerüchte! Wahr wird nur sein, dass etliche tot sind...“²⁵

Wen sie mit „unseren Leuten“ genau meint, bleibt unklar. Sicherlich aber gehörten die polnischen „Gastgeber“ mit zu den ersten Deportierten.

Am 25. März 1942 berichtet die Stettiner Jüdin über die Ankunft des Mainzer Transports vom 20. März:

„Wir stehen noch stark unter dem Eindruck der letzten Tage. Es ist wüst leer. Die 1500 aus Mainz, Worms und Darmstadt sind in die Wohnungen der „Verreisten“ gekommen. Sie haben keinen Pfennig Geld! Man erzählt, viele seien unterwegs gestorben. Keiner weiß, wo sie sind.“²⁶

Offizielle Quellen über das genaue Ankunftsdatum des Mainzer Transportes liegen nicht vor. Unsere Zeugin Martha Bauchwitz verstummte. Am 5. April 1942 wurde sie nach Belzec deportiert. Die Zahl der Deportierten ist unklar. Martin Gilbert spricht von 4200 Menschen und datiert auf den 3. April. Alle Augsburger Juden waren dabei.²⁷ Es ist wahrscheinlich, dass auch der Mainzer Transport mit auf die Reise gegangen ist. Am 11. April 1942 jedenfalls meldete die „Transferstelle der Sicherheitspolizei in Piaski“ über die nach der Vernichtung der Juden zurückgebliebenen Sachen:

„Als Anlage überreiche ich 2 Aufstellungen über Waren, die aus dem Getto in Piaski sichergestellt worden sind. Während die von den hessischen Juden zurückgekommenen Sachen z.T. neuwertig sind, handelt es sich bei den übrigen Spinnstoffwaren um ältere und schmutzige Ware für die Zerreißmaschine. Die Wäschestücke der hessischen Juden sind in Koffern verpackt.“²⁸

Da Arbeitsfähige für das Lager in Piaski selektiert wurden²⁹, könnten einige der „hessischen Juden“ eine Schonfrist erhalten haben. Es ist jedoch davon auszugehen, dass das Gros direkt nach der Ankunft in Belzec vergast wurde. Für sie war das Leiden vorbei. Aus dem ehemaligen Getto-Lager Piaski war in der Tat ein Durchgangs- und Sammellager geworden. In einem Bericht vom 7. April 1942 hatte Dr. Richard Türk, Leiter der „Abteilung für Bevölkerungswesen und Fürsorge im Amt des Gouverneurs des

Distrikts Lublin“, folgende Forderung erhoben: „Aufgrund meines Vorschlages besteht grundsätzliche Klarheit, dass möglichst im gleichen Ausmaß, wie Juden von Westen her angesiedelt werden, hiesige Juden anzusiedeln sind.“³⁰

Die Umsetzung dieser Forderung ließ nicht lange auf sich warten. Am 15. April 1942 wurde die Tochter der Bauchwitz, Frau Hoyer, von einem Freund ihrer Eltern aus Piaski über deren Deportation informiert. U.a. heißt es: „Von unserer Gemeinschaft (*der Stettiner, d. Verf.*) sind ca. 95 Personen geblieben. Dafür haben wir vier neue Transporte mit je 1200 Menschen herbekommen.“ Der Vorsitzende des Judenrates Lublin spricht in einem Schreiben vom 12. April 1942 von ca. 4000 Neuankömmlingen.³¹ Der Kreishauptmann Lublin berichtete am 5. Oktober 1942 an seine Vorgesetzten, dass insgesamt 8009 Juden in seinen Kreis zugewandert seien, davon 5466 – also der weitaus größte Teil – nach Piaski. 3692, so das Schreiben weiter, seien bereits wieder „angesiedelt“ worden. Kosten für die Neuaufnahme seien keine entstanden, die Gemeinde Piaski habe Transportfahrzeuge zur Verfügung gestellt.³²

Nicht alle Transporte wurden über Durchgangslager, wie Piaski oder Izbica abgewickelt, sondern gingen direkt nach Belzec oder Majdanek. Am 24. März 1942 beispielsweise wurden 650 Nürnberger Juden direkt nach Belzec deportiert.³³ Auch aus Theresienstadt kam ein Transport nach Piaski. Am 1. April 1942 erreichte der Transport „Ag“ mit 1000 Juden die kleine polnische Stadt.³⁴ Das „Gedenkbuch“ vermerkt, dass am 22. Juni 1942 6000 Juden von Piaski aus über das Durchgangslager Trawniki in ein Vernichtungslager deportiert worden seien.³⁵ Andere Quellen geben hierüber jedoch keine Auskunft. Zumindest die Zahl der Deportierten scheint – eingedenk der oben dargelegten offiziellen Statistik der Zuwanderungen – zu hoch.

Himmlers Erlass, das Generalgouvernement bis zum 31.12. 1942 „judenfrei“ zu machen führte zur Schließung des Durchgangslagers Piaski am 1. November 1942. Am 9. November 1942 wurden 4000 Menschen in das Vernichtungslager Majdanek deportiert.³⁶ Im Zuge der Auflösung aller Gettos des Lubliner Distrikts wurden jedoch von den 40000 Deportierten 14900 arbeitsfähige Juden der Rüstungsindustrie zur Verfügung gestellt.³⁷ Himmler musste vorübergehend die Existenz von 32 jüdischen Wohnbezirken im Raum Lublin tolerieren, in denen „kriegswichtige“ jüdische Arbeiter lebten. Dazu gehörte auch das ehemalige Getto in Piaski.³⁸ Bis zum März 1943 lebten also noch Juden in Piaski. Wahrscheinlich am 1. März 1943 wurde das „Rest-Getto“ aufgelöst. Die letzten Juden Piaskis hauchten ihr Leben im Vernichtungslager Belzec aus.³⁹

Welche Bedeutung hatte also Piaski im Ensemble der ca. 10000 (!) Lager und Zwangseinrichtungen des Regimes? Eine temporäre Randerscheinung, zu der die unendliche Fülle der Fachliteratur wenig vermerkt. Das Gedenkbuch für die deportierten deutschen Juden weist – ohne die neuen Bundesländer – 979 Todesfälle von deutschen Juden in Piaski selbst aus, im Vergleich etwa zu 38574 in Auschwitz.⁴⁰ Im Hinblick auf die makabre Mathematik des Genozids eine Marginalie, ein „Wimpernschlag“ des Genozids. Im Hinblick auf jedes einzelne menschliche Schicksal war es eine Katastrophe. Zu den Opfern, die Piaski forderte, zählten auch etliche Mitglieder des Mainzer Transportes vom 20. März 1942. Der 12-jährige Mainzer Jude Ludwig Koch beispielsweise gilt als „verschollen in Piaski“⁴¹. Piaski war kein Vernichtungslager, sondern eine weitere Leidensstation auf dem Weg hin zur Vernichtung. Nach dem Krieg wurde den Toten ein Denkmal errichtet.



2. GOETHESCHULE

FRIEDRICH SCHÜTZ

Im Spätsommer 1942 verdichteten sich die Anzeichen einer weiteren bevorstehenden Deportation. Wie vor der Deportation im März 1942 hatte die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Bezirksstelle Hessen in Mainz“ eine Flut von Listen für die Gestapo anzufertigen. Verantwortlich dafür war der Verbindungsmann der „Reichsvereinigung“ zur Gestapo, Regierungsrat a.D. Michel Oppenheim, den die Gestapo 1941 ohne sein Einverständnis dazu bestimmt hatte. Er notierte am 5. September in sein Tagebuch: „Neue Listen aufstellen (Kranke, Alte usw. Bahnen bereitstellen). Kommando zu bilden von Leuten, die das Gepäck aus den Wohnungen holen. Alle Leute bleiben je eine Nacht in der Goetheschule, dort Kaffee und Suppe von uns zu stellen.“

Vorgesehen war eine Deportation am 27. und eine am 30. September. Die beiden Listen haben den Vermerk „Stichtag 15. September 1942“. Die Darmstädter Gestapo hatte sie wie im März 1942 aufgestellt. Unter den Juden häuften sich die Selbstmorde. Bekannt sind 20 Fälle, unbekannt ist die Zahl der Selbstmordversuche.

An vier aufeinander folgenden Tagen wurden die für den Transport bestimmten Juden am späten Nachmittag im Turnsaal der Goetheschule in der Mainzer Neustadt gesammelt. Es handelte sich um 630 Personen. Der Schulbetrieb in der Knaben- und Mädchenschule dürfte ausgefallen sein. Oppenheim konnte die Erlaubnis erwirken, einen Eintopf kochen zu lassen und bekam von einem Amtmann der Stadtverwaltung eine besondere Lebensmittelzuteilung. Er erreichte auch, dass in der Schule rund 40 Helfer und Helferinnen tätig werden und durch kleine Hilfen das schwere Los der vom Abtransport bedrohten Menschen ein wenig lindern konnten. Für die Helfer musste er besondere Ausweise und Armbinden besorgen. Oppenheim notierte in seinem „Merkbuch“:

„... Juden und Jüdinnen auch aus Mischehen und Privilegierten Mischehen zur Mitarbeit in Anspruch nehmen. Matratzen, Kochgeschirr usw. Abtransport vorgesehen: 19. - 23. September, später durch Zusammenziehung in vier Transporte in den vorgesehenen fünf Tagen erledigt. Verpflegung in der Goetheschule durch den Koch Otto Bensheim vom israelitischen Krankenhaus und das Ehepaar Katz, die von Bensheim angeforderten Lebensmittel werden von der Stapo genehmigt und von dem Ernährungsamt der Stadt Mainz angewiesen, je Tag ein Zentner Kartoffeln, 14 kg Gerstengrütze, 4 kg Margarine, 3 kg Kaffee-Ersatz, 50 kg Brot (für je 200 bis 225 Personen je Tag, bei fünf Tagen).“

Die Transporte von der Goetheschule zum Güterbahnhof fanden ab zwei Uhr nachts statt. Vom Bahnhof aus wurden die geschun-

denen Menschen mit der Eisenbahn nach Darmstadt gebracht. Nach vier bis fünf Tagen ging von dort ein Transport mit 1.288 Juden aus Hessen am 27. September 1942 ins Konzentrationslager Theresienstadt, ein weiterer mit insgesamt 883 hessischen Juden in das so genannte Generalgouvernement, nach Polen also. Aus Mainz kamen am 27. September 453 und am 30. September 177 Menschen.

Während der Transport vom 27. September vorwiegend ältere Personen über 65 Jahre umfasst hatte, handelte es sich bei dem Transport vom 30. September fast ausschließlich um jüngere Menschen bis zum Alter von 65 Jahren. Bei beiden Transporten überwogen bei weitem weibliche Personen. Zahlreich waren am 27. September die über Achtzigjährigen. Die älteste Deportierte aus Mainz dürfte die 90-jährige Sofie Weil geb. Mayer, wohnhaft zuletzt in der Gonsenheimer Straße 11, gewesen sein. Sie war am 27. Juni 1852 geboren. Ebenfalls in dem so genannten Judenhaus Gonsenheimer Straße 11 hatte der dreijährige Junge Gerson Haas gewohnt, der mit seinen Eltern, dem 50-jährigen Alfred Haas und der 31-jährigen Irma Haas geb. Hartogs, deportiert wurde. Aus Stein-Bockenheim kamen die Schwestern Bockmann, die neunjährige Ruth und die sechsjährige Reni. Auch sie wurden mit ihren Eltern Hugo und Ida geb. Katz deportiert.

Nach den drei großen Deportationen gab es in Mainz außer den in Mischehe Lebenden nur noch sehr wenige Juden. Diese wurden Ende 1942 gezwungen, nach Darmstadt überzusiedeln, wo sie im Jüdischen Krankenhaus unterkamen und mit anderen Juden aus Hessen am 10. Februar 1943 nach Theresienstadt deportiert wurden.

Vor der Goetheschule ließ die Stadt Mainz eine von der Wohnbau Mainz gestiftete Stele aufstellen. Sie hat folgenden Text:

„In der Turnhalle der Goetheschule wurden in den Tagen um den 27. September 1942 mehr als 600 jüdische Bürger und Bürgerinnen aus Mainz zusammengetrieben und von hier aus über Darmstadt in die Vernichtungslager nach Polen oder in das Konzentrationslager Theresienstadt gebracht. Nach der Deportation lebten bis Kriegsende nur noch knapp 60 Juden [in Mischehe] in Mainz, in täglicher Furcht vor Verschleppung und Tod ...“



3. HINDENBURGSTRASSE

JAN STORRE

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, der „Reichskristallnacht“, gingen in ganz Deutschland die Synagogen in Flammen auf. Auch die Synagoge in der Mainzer Hindenburgstraße wurde in dieser Nacht zerstört. Neben der Hauptsynagoge wurden auch die kleinere orthodoxe Synagoge in der Margarethenstraße/Ecke Flachsmarktstraße sowie zahlreiche jüdische Geschäfte und Gebetsstuben verwüstet.

Erst im Jahre 1912 hatte die jüdische Gemeinde die Synagoge in der Hindenburgstraße eingeweiht. Der Bau war für das Straßenbild der Neustadt von unschätzbarem Wert. Mittelpunkt der Anlage war ein durch eine Kuppel gekrönter Rundbau, in dem sich die eigentliche Synagoge befand. Hier fanden insgesamt 1.000 Gläubige Platz. Von dem Kuppelbau ausgehend erstreckten sich zweigeschossige Seitenflügel zur Josef- und zur Hindenburgstraße, denen je ein Säulenportikus vorgelagert war. In diesen Flügeln waren das Gemeindehaus, das Museum für jüdische Altertümer, die Bibliothek sowie seit 1934 auch die jüdische Bezirksschule untergebracht.

Bei Erdarbeiten auf dem Grundstück wurden 1988 Reste des ehemaligen Säulenvorbaus entdeckt. Noch im selben Jahr wurden sie anlässlich der Gedenkveranstaltung zu den Novemberpogromen wieder aufgestellt. Zurzeit werden Pläne zur Errichtung eines jüdischen Gemeindezentrums an der Stelle der ehemaligen Synagoge diskutiert. Es soll der wieder stark wachsenden jüdischen Gemeinde der Stadt Platz geben.



4. WOHNHAUS ADAM-KARRILLON-STR. 13

JAN STORRE

Die Nationalsozialisten schränkten den Lebensbereich der Juden bewusst immer stärker ein und erschwerten durch zahlreiche Schikanen das tägliche Leben. Auf Anordnung der Mainzer

Gestapo wurde seit 1941 die jüdische Bevölkerung in so genannten „Judenhäusern“ bzw. „Judenwohnungen“ konzentriert. Kurz danach begannen die Nationalsozialisten, die rheinhessischen Juden zum Umzug in die Stadt Mainz zu zwingen, um das Umland „judenfrei“ zu machen. Die Kontrolle über die jüdische Bevölkerung und schließlich auch die Deportation wurde durch die Konzentration in bestimmten Häusern wesentlich erleichtert. Die Wohnungen mussten von den Bewohnern mit einem schwarzen Davidstern auf weißem Papier, der neben dem Namensschild anzubringen war, gekennzeichnet werden. Natürlich waren die Zimmer bereits nach kurzer Zeit völlig überbelegt und die Lebensbedingungen dementsprechend schlecht. Eines dieser Häuser lag in der Adam-Karrillon-Straße 13.



5. BÜROHAUS KAISERSTRASSE 31

JAN STORRE

In einem aus der Gründerzeit stammenden Eckhaus an der Kaiserstraße/Ecke Leibnizstraße befand sich seit 1933 der Sitz der Gestapo Mainz, eine Außenstelle der Staatspolizei in

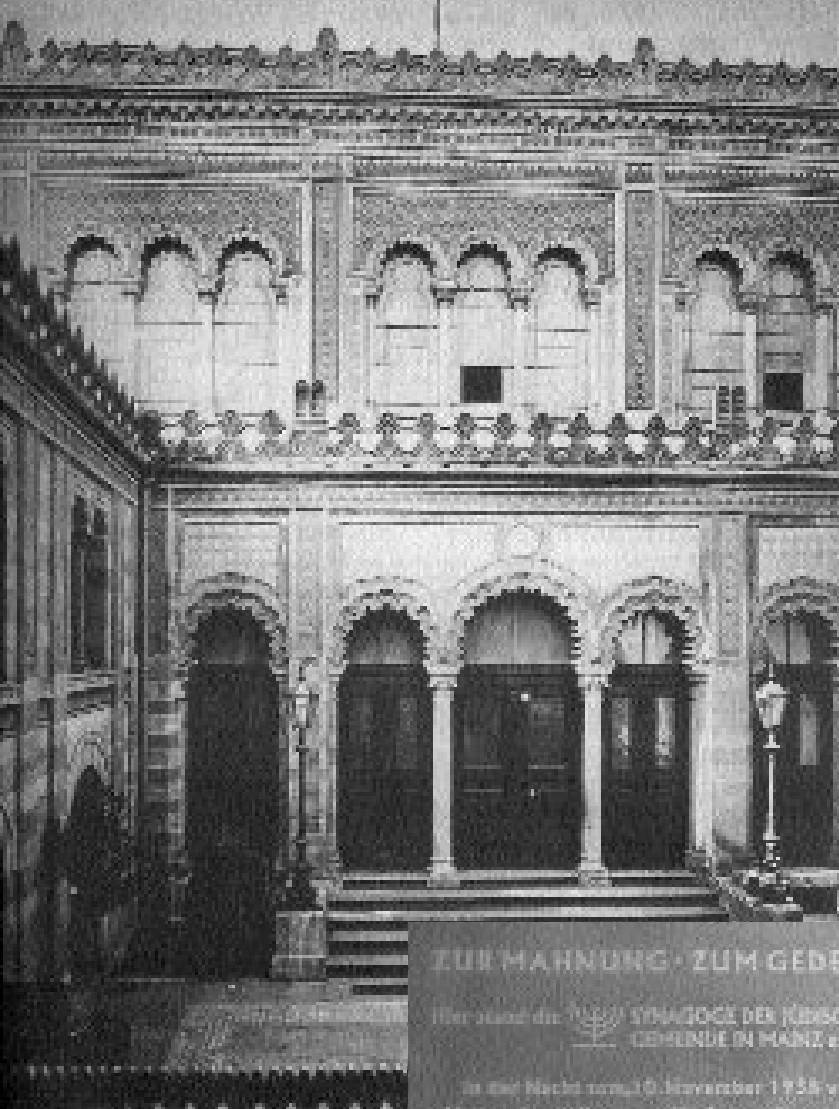
Darmstadt. Die Beamten der Geheimen Staatspolizei spielten eine Schlüsselrolle bei der Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Gemeinde. In den Jahren 1942 und 1943 waren sie für die Durchführung der Deportation zuständig.

Täglich mussten Mainzer zum Verhör in der Kaiserstraße erscheinen. Immer wieder wurden Mainzer Juden verwarnt, da sie den „Judenstern“ verdeckt getragen hatten, durch das Rauchen von Zigarren oder gar durch zu lautes Lachen aufgefallen waren. Die Behandlung durch die Gestapo-Beamten bei den Verhören wurde von ehemaligen Häftlingen als menschenunwürdig und brutal beschrieben. Im Innenhof des Hauses befand sich ein Lattenverschlag, den die Gestapo als Privatgefängnis nutzte. Die Häftlinge warteten hier teilweise tagelang auf die Überführung in die Polizeihaftanstalten.

Die Arbeit der Gestapo richtete sich generell gegen politisch „unzuverlässige“ Bürger, unter anderem auch gegen Sinti und Roma. Insgesamt deportierte die Mainzer Gestapo 104 Sinti und Roma aus der Altstadt in die Konzentrationslager. Am 25. Mai 1940 erfolgte die Meldung, dass Mainz „zigeunerfrei“ sei. Der Gestapo Mainz unterstanden außerdem die so genannten Arbeitslager und Kriegsgefangenenlager in der Umgebung von Mainz.

Kurz vor dem Eintreffen der amerikanischen Befreier in Mainz setzten sich die Gestapo-Beamten, nach Vernichtung sämtlicher Unterlagen, auf die rechte Rheinseite ab. Andere tauchten in der zerstörten Stadt unter und gaben sich nach dem Einmarsch der Amerikaner als „Befreier“ aus.

Eine am 8. November 1990 angebrachte Gedenktafel erinnert an die Funktion des Hauses in der Zeit des Nationalsozialismus.



ZUR MAHNUNG · ZUM GEDENKEN

Hier stand die  SYNAGOGE DER JÜDISCHEN
GEMEINDE IN MAINZ erbaut 1878

in der Nacht vom 10. November 1938 von den
Nationalsozialisten zerstört und verwüstet. Im
August 1943 durch Bomben zerstört.

6. MARGARETENGASSE,
ECKE FLACHSMARKTSTRASSE

MATTHIAS ROHDE

Anfang des 19. Jahrhunderts bildete sich auch in Mainz zuneh-
mend eine neue Gemeinde- und Sozialstruktur heraus. Seit der

bürgerlichen Gleichstellung hatte es interne Auseinandersetzungen gegeben, was und wie viel der jüdischen Tradition und Lebensweise für eine Integration in die nichtjüdische Umwelt geopfert werden sollte. Die Mehrheit der Jüdischen Gemeinde öffnete sich liberalen Ideen. Man begann zunächst den Gottesdienst zu reformieren: die Liturgie wurde größtenteils auf Deutsch gehalten, das Fest der religiösen Mündigkeit 13-jähriger Knaben – Bar Mizwa auf hebräisch – wurde Konfirmation genannt und die Synagogen wurden mit Orgeln ausgestattet. Wie an vielen Orten führte auch in Mainz der Streit um die Orgel zur Spaltung der Gemeinde in einen liberalen und einen orthodoxen Teil im Jahre 1853.

Im Zuge der Aufspaltung der Gemeinde plante die liberale Israelitische Religionsgemeinschaft einen Neubau der Synagoge im Judenviertel, die sich in einem ziemlich heruntergekommenen Zustand befand. Nachdem im frühen 19. Jahrhundert in den jüdischen Landgemeinden Süddeutschlands vermehrt orientalische Elemente beim Bau von Synagogen zur Anwendung kamen, setzte sich in den Fünfziger Jahren dieser maurische Stil auch in Stadtgemeinden wie Mainz durch. Dieser Stil verbürgte einen Schritt zur Freiheit, zur eigenen Architektur; er war ein Stück neu gewonnenen Selbstbewusstseins der jüdischen Minderheit und – besonders in Mainz – das Zeichen eines kulturellen Neubeginns. Nach der Trennung von der liberalen Religionsgemeinde konnten auch die orthodoxen Juden im Jahre 1856 ihre eigene Synagoge an der Ecke Flachsmarktstraße/Margaretenstraße einweihen, die 1878 nach Plänen des Stadtbaumeisters Eduard Kreyßig gleichfalls im maurischen Stil umgebaut wurde.

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, der so genannten Reichspogromnacht, wurde auch diese Synagoge verwüstet.



7. DALBERGER HOF, KLARASTRASSE

JAN STORRE

In dem prächtigen Adelpalais in der Klarastraße befand sich seit dem 19. Jahrhundert der hessische Justizpalast. Von den Nationalsozialisten wurde das Gebäude als Polizeipräsidium und Gefängnis verwendet. Bei den Häftlingen war das Gefängnis wegen seiner ständigen Überfüllung und auf Grund der starken Verwanzung berüchtigt. Ein Häftling berichtete, dass jeden Morgen nach dem Kaffee die Bettstellen angehoben wurden, um sie anschließend auf den Boden prallen zu lassen. Darauf wurden

die Wanzen aufgelesen, wobei ein Hamburger auf die Höchstzahl von 53 Plagegeistern kam.

In der Nacht vom 15. auf den 16. April 1940 wurden in Mainz fast 100 Sinti und Roma von mehreren Kommandos der Schutz- und Kriminalpolizei verhaftet. Von ihren Wohnungen wurden die Familien – unter ihnen auch kleine Kinder – in das Polizeigefängnis in der Klarastraße gebracht. Bereits am darauf folgenden Vormittag erfolgte dann die Deportation der Sinti und Roma vom Mainzer Güterbahnhof in das Sammellager Hohenasperg bei Stuttgart und schließlich in Gettos und Lager in Polen. Am 25. Mai erfolgte schließlich die Meldung, dass Mainz „zigeunerfrei“ sei. Noch vor den Juden waren die Sinti und Roma somit von der Deportation durch die Nationalsozialisten betroffen.

Den Aufzeichnungen des Gefängnisses zufolge waren allein in der Zeit vom 19. September 1943 bis zum 27. August 1944 1547 Personen im Keller des Dalberger Hofes vorübergehend inhaftiert. 914 dieser Häftlinge wurden in Konzentrationslager wie Buchenwald, Dachau, Auschwitz oder das SS-Sonderlager Hinzert überführt. Andere kamen in die zahlreichen Arbeitslager im Umkreis der Stadt. Bei den Häftlingen handelte es sich bis Anfang des Krieges hauptsächlich um politische Gefangene. Nach 1939 wurden immer mehr Zwangsarbeiter inhaftiert. Diese stammten z. B. aus der Sowjetunion, Frankreich oder den Benelux-Staaten.

Bei dem schwersten Luftangriff auf Mainz, am 27. Februar 1945, wurde auch der Dalberger Hof in der Klarastraße erheblich zerstört und konnte fortan nicht mehr als Gefängnis genutzt werden. Die Häftlinge, die nach den Luftangriffen auf Mainz immer wieder bei Aufräumarbeiten helfen mussten, wurden in die so genannten Arbeitslager in der Umgebung der Stadt überstellt. Heute erinnert eine Gedenktafel im Foyer des Dalberger Hofes an das Gefängnis, das sich während des Dritten Reiches in dem barocken Adelspalais befand.



8. OSTEINER HOF, SCHÖNBORNER HOF, SCHILLERPLATZ

JAN STORRE

Ende Mai 1930 wurde mit dem Mainzer Brückenkopf die letzte linksrheinische Zone von der französischen Besatzung frühzeitig geräumt, ein Ereignis, das in Mainz groß gefeiert wurde. Bereits zuvor war man in der Stadt Mainz der Meinung gewesen, dass der „Freiheit der Rheinlande“ ein Denkmal gesetzt werden müsse. Dieses sollte an prominenter Stelle aufgestellt werden – eine Voraussetzung, die der Schillerplatz hervorragend erfüllte. Der Stadtrat beauftragte den in Frankfurt lebenden jüdischen Künstler Benno Elkan mit der Anfertigung eines Entwurfes.

Der Entwurf Elkans sah eine etwa vier Meter hohe, erwachende und sich reckende Frauengestalt vor, die das Auferstehen aus einer schwierigen Zeit symbolisieren sollte. Bei einem Besuch

des Reichspräsidenten von Hindenburg wurde das Denkmal am 20. Juli 1930 eingeweiht. Sofort setzte die Diskussion um das Kunstwerk ein. Viele Mainzer Bürger kritisierten die angeblich zur Schau gestellte Nacktheit der Figur. Die Diskussion erreichte einen Höhepunkt, als die katholische Kirche die traditionelle Fronleichnamsprozession umleitete, um den Gläubigen den Anblick der nackten Frau zu ersparen.

Nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten wurde das Denkmal verschmiert und beschädigt. Am 24. März 1933 fasste der Ältestenrat des Stadtrates schließlich den Entschluss, das Befreiungsdenkmal abreißen zu lassen. Noch im Jahre 1933 verließ der jüdische Künstler Benno Elkan Deutschland und lebte bis 1960 in London. Im Auftrag des britischen Unterhauses schuf er die große Menorah vor dem Parlament in Jerusalem.

Seit April 1933 wurde der historische Osteiner Hof am Schillerplatz von den Nationalsozialisten genutzt. Nach Umgestaltungsarbeiten wurden hier die SA- und SS-Führung untergebracht. Vor dem Ersten Weltkrieg hatten die Gouverneure von Kathen und von Bücking in dem Gebäude residiert. Auch während der französischen Besatzungszeit behielt es seine militärische Funktion und diente als Residenz der französischen Oberbefehlshaber Guillement und Margin.

Ebenfalls im April 1933 wurde der Schönborner Hof in der Schillerstraße Sitz der Mainzer NSDAP-Kreisleitung. Neben der Parteizentrale befanden sich in der Schillerstraße 11 außerdem die Geschäftsstellen der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation), der DAF (Deutsche Arbeits-Front) und des BDM (Bund Deutscher Mädel). Da das Gebäude, das zuvor lange als Offizierskasino genutzt worden war, nicht für Büro Zwecke geeignet war, erging an die Mainzer Bevölkerung die Bitte, bei der Einrichtung des Hauses zu helfen.

SCHREIBEN VON
RABBINER PROFESSOR DR. LEO TREPP
AN OBERBÜRGERMEISTER JENS BEUTEL

Herrn Oberbürgermeister
Jens Beutel
Stadt Mainz
Rathaus
55028 Mainz - Germany

15. Januar 2001

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Beutel,

die Einladung zur Teilnahme am Schweigemarsch habe ich erhalten. Wäre ich in Mainz, so würde ich teilnehmen.

Ich möchte den Veranstaltern meine hohe Anerkennung zum Ausdruck bringen, und der Hoffnung Ausdruck geben, dass sich viele Mainzer diesem Marsch anschließen mögen.

Die Haltepunkte des schweigenden Gedenkens sind gut gewählt. Sie gehen einmal zu den Stätten, an denen den Juden unendliche Grausamkeiten zugefügt wurden. Sie gehen aber ebenfalls zu den Stätten, welche an die Größe und den Beitrag der Mainzer Juden zu ihrer Stadt und ihrem Vaterlande erinnern. Dies ist wichtig.

Am Platz der ehemaligen Hauptsynagoge sei an die bedeutenden Rabbiner unserer Stadt gedacht. Gleichzeitig aber mögen die Teilnehmer sich bewusst werden, dass der Vorsteher der Judengemeinde, welcher diese Synagoge schuf, der Großvater von Monsignore Klaus Mayer war, dessen Hingabe uns die Chagallfenster gegeben hat. Präsident des Festkomitees zur Einweihung der ihr vorangehenden Synagoge war Isaak Nachmann,

Vater der Mainzerin Frau Emil Rathenau, Mutter des größten deutschen Außenministers, Walter Rathenau, welcher Deutschland vom Verderben gerettet hätte, wäre er nicht als Jude ermordet worden.

Der Weg geht durch die Hindenburgstraße, wo viele schlichte Juden mittleren und höheren Wohlhabens wohnten. Dort wuchs auch ich auf. Es sei dieser Juden gedacht, wo immer sie in Mainz wohnten. Sie waren gute Menschen, welchen das Wohl ihrer Vaterstadt am Herzen lag und zu deren Wohl sie mit aller Kraft beitrugen. In der Flachsmarktstraße, Ecke Margaretengasse, gedenken wir der orthodoxen Juden welche in der orthodoxen Synagoge beteten. Zu ihnen gehörte meine Familie. Dort betete die Familie Reiling, Eltern von Anna Seghers, und die Familie Fulda, Wohltäter unserer Stadt.

Schauen wir in die Margaretengasse, das einstige Judenviertel, dann mögen wir Ludwig Bambergers gedenken, der ihm entsprang. Er war Freiheitskämpfer, welcher im Jahre 1848 im Mittelpunkt der demokratischen Bewegung in Mainz stand und später Mitglied des Reichstags war, bis ihn der dort herrschende Antisemitismus bewegte, nicht mehr zu kandidieren. Er war der Schöpfer der deutschen Einheitswährung nach dem Kriege von 1870/71 und begründete damit die wirtschaftliche Einheit und den Aufstieg Deutschlands.

Das sind nur einige Beispiele für das, was Mainzer Juden und ihre Nachkommen für Mainz und für Deutschland getan haben. Wir könnten andere Beispiele aus der Neuzeit anführen, dürfen jedoch nie vergessen, dass alle in Mainz lebenden Juden zur Wohlfahrt unserer Stadt beitrugen.

All dies wurde durch die abscheulichen Schufte in grauenhaftester Weise vernichtet, und die Bürger, in ihrer überwältigenden Mehrheit, machten mit oder schwiegen.

Die neue Generation zeigt einen guten Willen. Doch leider sehen wir in unserer Gegenwart ein Aufflammen des einstigen fürchterlichen Geistes im Denken und auch grausamen Taten. Daher darf der Schweigemarsch nicht zu einem Ritual werden, sondern muss ein Gelöbnis sein, das Gelöbnis, beim Erwachen des schrecklichen Geistes nicht zu schweigen, sondern aufzuschreien und zu handeln, damit das Böse im Keime erstickt werde. Wir alle sind zu dieser Tat verpflichtet. Der moralische Charakter Deutschlands steht auf dem Spiel.

So rufe ich als alter Mainzer allen meinen jüngeren Mainzern und Mainzerinnen in den Worten der Heiligen Schrift zu: „Zedek, zedek tirdof!: Der Gerechtigkeit, der Gerechtigkeit sollt ihr nachjagen!“ (5. B. M. 16, 20)

Ich grüße Sie, Herr Oberbürgermeister, alle Veranstalter und alle Teilnehmer in Verbundenheit und in Hoffnung,

mit herzlichen Grüßen

Ihr

Leo Trepp

ANMERKUNGEN

¹ Am 30. September traten 883 Juden ihre letzte Reise in das „Generalgouvernement Polen“ an. Ihr weiteres Schicksal ist unklar. Vermutlich ging der Zug direkt nach Auschwitz. Drei Tage zuvor - am 27. September - wurden 1288 überwiegend ältere Juden in das „Vorzugslager Theresienstadt umgesiedelt“. Von den ca. 108 000 aus dem „Altreich“ deportierten Juden ist bei 80498 das Todesjahr nicht bekannt. Sie gelten als verschollen, wobei in 17443 Fällen der 8. Mai 1945 als Todesdatum festgesetzt wurde. Bei 13234 Opfern ist unbekannt, wo sie ermordet wurden (Vgl. Gedenkbuch für die Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933 - 1945. Koblenz 1986, S. 1746). Die Ziele fast aller Transporte von Juden aus dem „Reichsgebiet“ wurden ab 1942 durch die Bezeichnung „Generalgouvernement Polen“ verschleiert. So auch der Mainzer Transport vom 30. September 1942. Im „Vorzugslager“ Theresienstadt starben zwischen 1941 und 1945 35000 Menschen an Krankheit, Erschöpfung und Terror. 88000 wurden in Vernichtungslager deportiert (Vgl. Gutmann (Hrsg.), Enzyklopädie des Holocaust. München 1986, S. 1403ff.). Die 70jährige Mainzer Jüdin Elsa Cahn, geb. Strauss beispielsweise verstarb am 22. Oktober 1942, also ca. vier Wochen nach der „Umsiedlung“. Viele der Deportierten kamen jedoch in den Vernichtungslagern des Ostens um.

² Helmut Grünfeld, Augenzeugenbericht. In: „Als die letzten Hoffnungen verbrannten...“ - Dokumentation zu einem Projekt der Stadt Mainz in Zusammenarbeit mit dem Verein für Sozialgeschichte... (Hrsg. von A.M. Keim) Mainz, 1988, S. 198.

³ Die teilweise erhaltene Deportationsliste ist zynisch mit „Listen der aus Hessen im März 1942 abgewanderten Juden“ überschrieben. Darunter befanden sich 512 Menschen, die ihren letzten Wohnsitz in Mainz gemeldet hatten. Diese Adressen konzentrieren sich auf einige wenige „Judenhäuser“. Eine große Gruppe der Jüdischen Gemeinde Worms wurde deportiert, aber auch Juden aus Trier, Rheinhessen usw. Unter den Deportierten waren hoch dekorierte Veteranen des 1. Weltkrieges, u.a. Julius Neumann, Manuel Katz und Moritz Mayer (Vgl. Gilbert, The Holocaust. New York 1987, S. 307.).

⁴ Vgl. Maier, Der Krieg als Kreuzzug. Hamburg 1989, S. 295. Das auch als „Nisko-Plan“ bezeichnete Vorhaben wurde zwar 1940 durch den Madagaskar-Plan ersetzt, gleichwohl aber führte man willkürliche Deportationen durch. Mitverantwortlich z.B. für die Deportation von 4000 Wiener Juden Anfang 1941 nach Nisko war übrigens der „Befehlsempfänger“ Adolf Eichmann. In den ersten 18 Monaten des Krieges realisierte man aber nur einen Bruchteil des geplanten Deportationsprogramms, auch aus Rücksicht gegenüber der Weltöffentlichkeit (Vgl. Gutman (Hrsg.) 1986, S. 317ff.).

⁵ Vgl. Benz (Hrsg.): Dimensionen des Völkermords - Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. München 1991, S. 40. Fast zeitgleich wurden 160 Juden aus Schneidemühl (heute Pila) deportiert. Die brutale „Umsiedlung“ wurde durchaus von der Weltöffentlichkeit wahrgenommen, eine Tatsache, die den Nazis durchaus unangenehm war.

⁶ Vgl. Rosenfeld/Luckner (Hrsg.): Lebenszeichen aus Piaski - Briefe Deportierter aus dem Distrikt Lublin 1940 - 1943. München 1968, S. 36.

⁷ Behrend-Rosenfeld, Ich stand nicht allein. München 1988, S. 80f.

⁸ Heydrich wurde erst am 31. Juli 1941 auf eigene Initiative bemerkenswerter Weise durch Göring schriftlich beauftragt, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.“ Diese Ermächtigung mündete in die berüchtigte Wannsee-Konferenz, die am 20. Januar 1942 das Schicksal des europäischen Judentums endgültig besiegelte (Vgl. Hofer, Der Nationalsozialismus - Dokumente 1933 - 1945. Frankfurt/M. 1983, S. 296.).

⁹ Wie bei vielen Lebenszeichen Deportierter, taucht auch in den Briefen aus Piaski das bewegende Phänomen auf, dass die in Deutschland Verbliebenen quasi ermutigt und getröstet wurden, vor allem dann, wenn deportierte Eltern ihren Kindern schrieben.

¹⁰ Vgl. Brief vom 27.2.1940 an die Tochter. In: Rosenfeld/Luckner 1968, S. 37.

¹¹ Vgl. ebd., S. 37.

- ¹² Vgl. Briefe vom 7.3.1940 und 16.10.1940. Ebd., S. 39 u.64.
- ¹³ Vgl. Gedenkbuch. Koblenz 1986, S. 1770. Die Stettiner Jüdin A. G. berichtet immer wieder mit großer Sorge ihrer Tochter von den Arbeitseinsätzen des Sohnes Adolf. (Vgl. dazu. Rosenfeld/Luckner 1968, S. 103ff.).
- ¹⁴ Vgl. Rosenfeld/Luckner, S.57.
- ¹⁵ Vgl. ebd., S. 71 u. S. 75.
- ¹⁶ Vgl. ebd., S. 69f.
- ¹⁷ Vgl. Barkai, Das letzte Kapitel: In: Barkai/Mendes-Flohr, Deutsch-Jüdische Geschichte in der Neuzeit. Bd. IV, München 1997, S. 345.
- ¹⁸ Rosenfeld/Luckner 1968, S. 84.
- ¹⁹ Vgl. Gutmann (Hrsg.) 1986, S. 14ff. Im Zuge der Vorbereitungen entstand ab November 1941 das Vernichtungslager Belzec, ca. 70 Kilometer von Piaski entfernt.
- ²⁰ Vgl. Gilbert, Atlas of the Holocaust. London 1982, S. 92.
- ²¹ Vgl. ebd., S. 90.
- ²² Vgl. Brief von Martha Bauchwitz an ihre Tochter vom 2. März 1942. In: Rosenfeld/Luckner 1968, S. 89.
- ²³ Ebd., 1986, S. 89.
- ²⁴ Es handelte sich hierbei um eine Unterredung zwischen dem Beamten Reuter und dem SS-Hauptsturmführer Höfle, der später - nach der Ermordung Heydrichs - für die „Aktion Reinhard“ verantwortlich war (Vgl. Jewish Gen Inc./Yizkor Book Projekt 1998).
- ²⁵ Rosenfeld/Luckner 1968, S. 87.
- ²⁶ Ebd., S. 91.
- ²⁷ Vgl. Gilbert 1982, S. 97. Generell divergieren die statistischen Angaben. Belzec, am 17. März 1942 „in Betrieb“ genommen, war eine Stätte des Grauens. Ohne Selektion wurde vernichtet. In den knapp neun Monaten der Existenz des Lagers wurden insgesamt 600.000 Menschen ermordet, davon allein im Zeitraum März bis April 1942 80000, vor allem aus dem Getto Lublin und den umliegenden „Getto-Dörfern“ (Gutman (Hrsg.) 1986, S. 175ff.).

- ²⁸ Zitiert nach Rosenfeld/Luckner 1968, S. 92.
- ²⁹ Vgl. Gedenkbuch 1986, S. 1770.
- ³⁰ Zitiert nach: Rosenfeld/Luckner 1968, S. 89.
- ³¹ Rosenfeld/Luckner 1968, S. 95f.
- ³² Ebd., S. 127.
- ³³ Vgl. Arndt/Boberach in: Benz (Hrsg.) 1991, S. 49.
- ³⁴ Der erste Transport aus Theresienstadt „Aa“ ging am 11. März 1942 mit 1001 Juden nach Izbica. Am 17. März folgte der Transport „Ab“, ebenfalls mit 1000 Menschen, von denen nur drei überlebten (Vgl. Gilbert 1987, S. 308f.).
- ³⁵ Vgl. ebd., S. 1770.
- ³⁶ Vgl. Gilbert 1982, S. 136 und 1987, S.498.
- ³⁷ Vgl. Golczewski, Polen. In: Benz (Hrsg.) 1991, S. 470.
- ³⁸ Vgl. ebd., S. 472.
- ³⁹ Vgl. Gedenkbuch 1986, S. 1770. Es könnte sein, dass die Wormser Jüdin Lisbeth Mayer - Teilnehmerin des Transports vom 20. März 1942 - zu diesen Letzten gehört hat. Ihr Tod wird im Gedenkbuch auf den 7. April 1943 datiert.
- ⁴⁰ Vgl. ebd., S. 1746.

STATIONEN DES SCHWEIGEMARSCHES IM ÜBERBLICK

1. Güterbahnhof, Mombacher Straße

Ehemaliger Abfertigungsort der Deportationszüge. Von den Rampen des Güterbahnhofs wurden die Mainzer und rheinhessischen Juden, Sinti und Roma in die Konzentrations- und Vernichtungslager transportiert. Gegenüber dem Güterbahnhof befindet sich der alte jüdische Friedhof.

2. Goetheschule

Eine der zentralen Sammelstellen der Mainzer Juden vor ihrer Deportation. Von hier aus wurden in den Jahren 1942 und 1943 die zuvor oftmals in so genannten „Judenhäusern“ untergebrachten Juden zum Deportationsort Güterbahnhof gebracht.

3. Hindenburgstraße

Platz der ehemaligen „Hauptsynagoge“, die in der Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 geplündert und in Brand gesetzt wurde.

4. Wohnhaus Adam-Karrillon-Str. 13

Ehemaliges „Judenhaus“. In den nach Kriegsbeginn von den Nationalsozialisten in ganz Mainz eingerichteten „Judenhäusern“ mussten die jüdischen Bürgerinnen und Bürger auf engstem Raum und unter oft unerträglichen Bedingungen leben und auf ihre bevorstehende Deportation warten.

5. Bürohaus Kaiserstraße 31

Ehemalige Dienststelle der Geheimen Staatspolizei. Von hier aus erfolgte die Organisation der Deportation von Juden, Sinti und Roma sowie politischen Gegnern und Widerstandskämpfern in

die Konzentrations- und Vernichtungslager. Im Hinterhof des Gebäudes unterhielt die Gestapo eine Art „Privatgefängnis“, in den Kellern wurden die Inhaftierten misshandelt und gefoltert.

6. Margaretengasse, Ecke Flachsmarktstraße

Standort der orthodoxen Synagoge, die in der Pogromnacht vom 9. zum 10. November 1938 geplündert und verwüstet wurde.

7. Dalberger Hof, Klarastraße

Ehemaliges Polizeigefängnis, das wegen seiner ständigen Überfüllung berüchtigt war. Ein Teil der Gefangenen wurde von hier aus in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Auschwitz transportiert. Im Rahmen der ersten großen Deportationen von Sinti und Roma wurden in der Nacht zum 16. Mai 1940 fast 100 Mainzer Sinti, Männer, Frauen und Kinder, in den Dalberger Hof gebracht, von wo aus sie am Morgen zu Fuß zum Bahnhof gehen mussten. Dort konnte ihr Abtransport in aller Öffentlichkeit stattfinden.

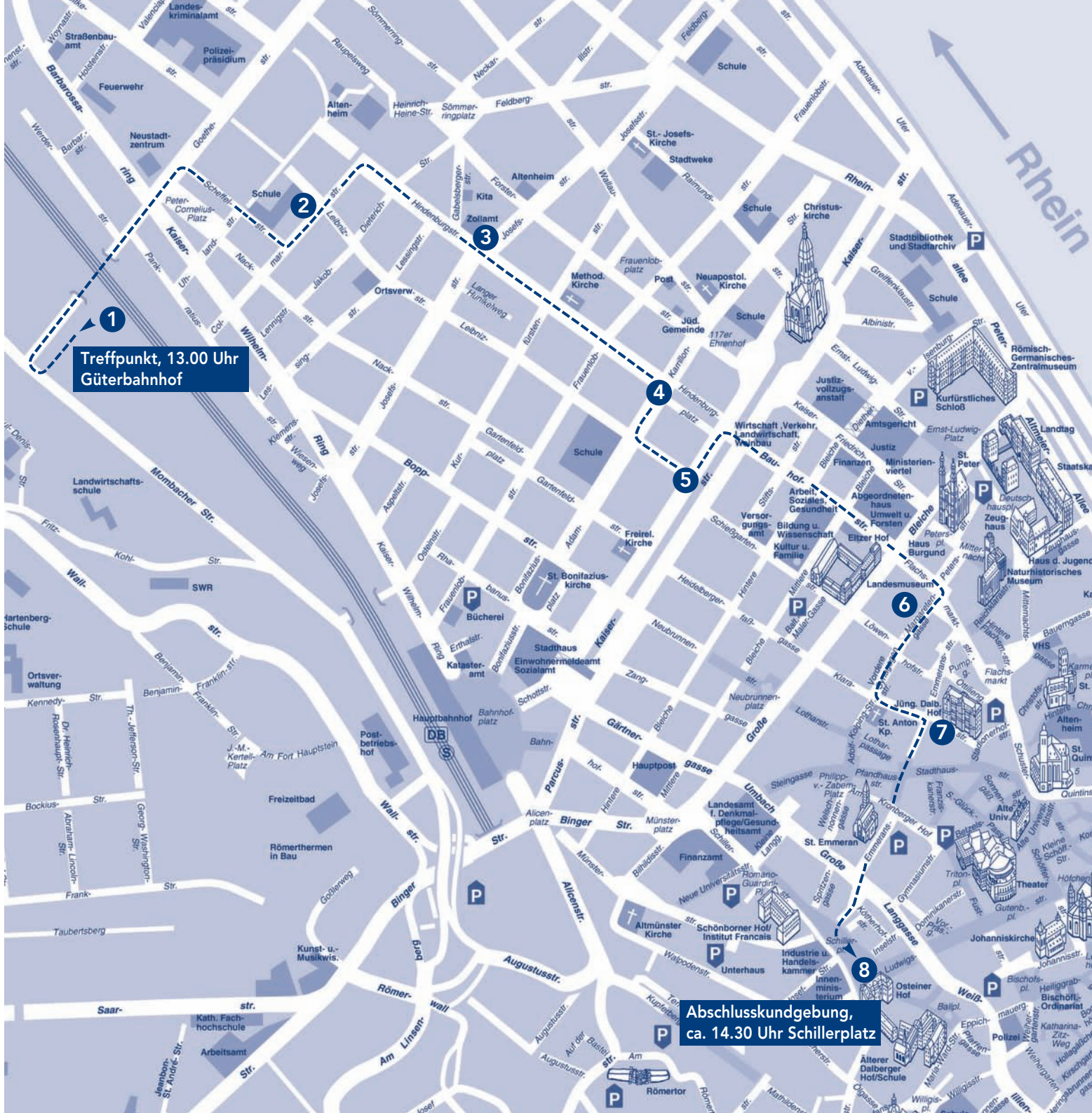
8. Osteiner Hof, Schönborner Hof, Schillerplatz

Der Osteiner Hof, ehemaliges Gouvernementsgebäude und Sitz der französischen Militärregierung bis 1930, wurde seit April 1933 von den Nationalsozialisten genutzt.

Nach Umgestaltungsarbeiten wurde hier die SA- und SS-Führung untergebracht. Ebenfalls im April 1933 wurde der Schönborner Hof in der Schillerstraße Sitz der Mainzer NSDAP-Kreisleitung. Neben der Parteizentrale befanden sich dort außerdem die Geschäftsstellen der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation), der DAF (Deutsche Arbeits-Front) und des BDM (Bund Deutscher Mädel).

1
Treffpunkt, 13.00 Uhr
Güterbahnhof

8
Abschlusskundgebung,
ca. 14.30 Uhr Schillerplatz



VERANSTALTER DES
SCHWEIGEMARSCHES
ZUM GEDENKEN AN
DIE OPFER DES
NATIONALSOZIALISMUS
AM 27. JANUAR 2001

Landtag Rheinland-Pfalz
Landesregierung Rheinland-Pfalz
Bistum Mainz
Evangelische Kirche,
der Probst für Rheinhessen
Stadt Mainz
Jüdische Gemeinde Mainz
Verband Deutscher Sinti,
Landesverband Rheinland-Pfalz
Landeszentrale für politische Bildung
Rheinland-Pfalz
Evangelische Kirche,
Stadtjugendpfarramt Mainz
Bischöfliches Ordinariat
„Arbeitsgruppe Gedenktag 27. Januar“
Katholische Jugendzentrale Mainz
Verein für Sozialgeschichte Mainz e. V.
Verein Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.
Institut für Geschichtliche Landeskunde
an der Universität Mainz e. V.
CinéMayence
LiteraturBüro Mainz
Stadtbibliothek Mainz
Amnesty International
Stadtjugendring Mainz
Stiftung Lesen
Deutsch-Israelische Gesellschaft Mainz
Werkbund Rheinland-Pfalz
Bundesverband Bildender
Künstler Rheinland-Pfalz

LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ

